

# Öko-Arbeitsplätze: Außer Spesen nichts gewesen

geschrieben von Admin | 30. August 2021

**Eine forcierte Klimapolitik schaffe wirtschaftliche Chancen und Sorge für neue Arbeitsplätze. So werden dem Volk regelmässig Subventionen in grüne Technologien schmackhaft gemacht. Doch eine Studie kommt zu einem ernüchternden Schluss, was die Exportchancen von Ökotechnologien angeht.**

**von Alex Reichmuth**

Sie steckt der europäischen Wirtschaft noch immer in den Knochen: die Pleite bei der Produktion von Solarpaneln. Nach der Jahrtausendwende zogen europäische Länder, vor allem Deutschland, mit milliarden schweren Subventionen die Solarmodul-Industrie hoch. Man war Weltmarktführer, exportierte in die ganze Welt und glaubte, dass das so bleiben würde.

Doch dann kam China. Die Chinesen kopierten die Technologie, entwickelten sie weiter und produzierten dank tiefer Lohnkosten und massiven Zuwendungen des Staates viel billiger. Innert weniger Jahre gingen fast alle europäischen Solarproduzenten konkurs oder wurden von chinesischen Konkurrenten übernommen. Die vielen Arbeitsplätze, die vor allem in Deutschland entstanden waren, verschwanden innert Kürze wieder.

## Wirtschaftliche Versprechen beim CO2-Gesetz

Doch weiterhin schwärmen Politiker und Lobbyisten in den höchsten Tönen von den angeblichen wirtschaftlichen Chancen, die eine forcierte Klimapolitik und finanzielle Zuwendungen für Ökotechnologien bieten. So wurde dem Schweizer Volk vor der Abstimmung über das CO2-Gesetz weis gemacht, bei einem Ja profitierten nicht nur Mensch und Umwelt, sondern auch die Wirtschaft. Das CO2-Gesetz sah unter anderem Subventionen für zukunftssträchtige Technologien vor. «Viele Länder investieren jetzt massiv in klimafreundliche Technologien. Unsere wichtigen Handelspartner sind auf demselben Weg», sagte Umweltministerin Simonetta Sommaruga vor der Abstimmung. «Das ist eine riesige Chance, die auch wir packen müssen.» Die Schweiz könne bei der Entwicklung neuer Technologien zuvorderst mit dabei sein. «Dies sichert Arbeitsplätze», so die Bundesrätin.

## «Die Nummer eins in der Welt»

Auch in Deutschland versuchen Politiker regelmässig, der Bevölkerung Subventionen in Ökotechnologien schmackhaft zu machen, indem sie neue Arbeitsplätze in Aussicht stellen. So geschah es letztes Jahr, als Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) die «Nationale Wasserstoffstrategie» lancierte, die die Steuerzahler neun Milliarden

Euro kostet. Dieses Programm stelle die Weichen, «dass Deutschland bei Wasserstofftechnologien die Nummer eins in der Welt wird», versprach Altmaier. Es gelte, «jetzt die Potenziale für Wertschöpfung, Beschäftigung und den Klimaschutz zu erschliessen und zu nutzen».

**«Trotz grosser Hoffnungen war die Exportperformance von deutschen Gütern zur Erzeugung erneuerbarer Energien enttäuschend.»**

*Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft*

Dass solche Versprechen aber oft leer sind, zeigt eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Die Autoren haben die Exportentwicklung von Produkten im Bereich erneuerbare Energien in Deutschland unter die Lupe genommen – und kommen zu einem ernüchternden Schluss: «Trotz grosser Hoffnungen war die Exportperformance von deutschen Gütern zur Erzeugung erneuerbarer Energien enttäuschend. Dagegen baut China beständig seine Exportanteile aus.»

## **Technologien leicht kopierbar**

Der Hauptgrund für diese Entwicklung liege darin, dass die Technologien, die Deutschland entwickelt habe, leicht kopierbar gewesen seien. So bestünden positive Perspektiven nur für technologisch anspruchsvolle Produkte, bei denen das Hochlohnland Deutschland seine Stärken bei Innovation und Fachkräften ausspielen könne.

«Der Herstellungsprozess für diese Güter darf auch längerfristig nicht leicht standardisierbar oder kopierbar sein, sonst droht eine Abwanderung wie bei der Handyherstellung», mahnen die Studienautoren. Und weiter: «Diese Voraussetzungen scheinen bei den fokussierten Gütern zur Erzeugung erneuerbarer Energien in der Breite nicht ausreichend gegeben zu sein, obwohl hierzulande grosse Hoffnungen gehegt und umfangreiche Subventionen vergeben wurden.»

## **China holt bei Windkraftanlagen auf**

Die Studie beleuchtet die Exportentwicklung einiger wirtschaftlicher Hoffnungen in Sachen Ökotechnologie. Bei den eingangs erwähnten Solarmodulen sank das deutsche Exportvolumen zwischen 2010 und 2019 von 8,5 Milliarden Dollar auf 2,5 Milliarden Dollar. Die chinesischen Exporte betragen hingegen 23,6 Milliarden Dollar und sind damit fast zehnmal umfangreicher.

**«Weil Windkraftanlagen immer grösser werden, fallen die Transportkosten so hoch aus, dass diese Güter eher im Ausland vor Ort produziert als exportiert werden.»**

*Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft*

Auch bei Windkraftanlagen droht gemäss der Studie eine ähnliche Entwicklung. Zwar ist Deutschland hier hinter Dänemark noch der zweitgrösste Exporteur weltweit. Doch das Exportvolumen ging seit 2012 von 3,2 Milliarden Dollar auf 2,1 Milliarden Dollar (2019) zurück, während China seine Exporte im gleichen Zeitraum von 470 Millionen Dollar auf 950 Millionen verdoppelte. Auch hier könnte das Reich der Mitte Deutschland mittelfristig überflügeln. Die Autoren schreiben zudem: «Weil Windkraftanlagen immer grösser werden, fallen die Transportkosten so hoch aus, dass diese Güter eher im Ausland vor Ort produziert als exportiert werden.»

## **Deutschland im Hintertreffen bei Elektrolysegeräten**

Ungünstig für Deutschland ist auch die Entwicklung bei Wechselrichtern, einem elektronischen Bauteil, das bei der Einspeisung von Ökostrom ins Netz entscheidend ist. Hier zeigen sich für Deutschland seit Anfang der 2010er-Jahre zwar keine Ausfuhrückgänge, aber auch keine grösseren positiven Dynamiken. «Chinas Ausfuhren stiegen aber vor allem in der ersten Hälfte der vorigen Dekade kräftig und betragen 2019 rund das Dreifache der deutschen», schreiben die Autoren.

Schliesslich beleuchtet die Studie die Situation bei Elektrolysegeräten zur Wasserstoffherstellung. 2011 war Deutschland hier bei den Ausfuhren mit 326 Millionen Dollar noch führend. Doch seither ging der deutsche Export auf rund ein Drittel des damaligen Spitzenwerts zurück. «Dagegen baute China seine Exportposition deutlich aus. Der Weltmarkt für Elektrolysegeräte hat sich seit 2000 zwar verdoppelt, das Exportwachstum fand jedoch ausserhalb Deutschlands und Europas statt», steht in der Studie.

## **Steuergelder für die ausländische Konkurrenz**

«Eine Förderung von klimafreundlicher Wertschöpfung am Standort Deutschland macht nur dann Sinn, wenn die technologischen Bedingungen von Produkt und Herstellungsprozess für eine dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit und komparative Vorteile sprechen», lautet das Fazit der Studienautoren. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass mit hohen Subventionen neue Kapazitäten aufgebaut werden, die bei einer Förderkürzung wieder in sich zusammenbrechen. «Deutsche Steuergelder fliessen dann am Ende in den Aufbau von Wissen und Produktion im Ausland.»

**Die Resultate dürften grösstenteils auf die Schweizer Wirtschaft übertragbar sein.**

Die Resultate dürften grösstenteils auf die Schweizer Wirtschaft übertragbar sein. Jedenfalls gilt es kritisch zu bleiben, wenn Politiker, die Subventionen für Ökotechnologien durchsetzen wollen,

vollmundig von wirtschaftlichen Chancen schwärmen.x

Der Beitrag erschien zuerst bei Nebelspalter hier

---

# Die wundersame Erholung des Great Barrier Reef

geschrieben von Admin | 30. August 2021

**Umweltschützer und viele Wissenschaftler prophezeien dem grössten Korallenriff der Welt das baldige Ende – wegen der Erderwärmung. Doch Totgesagte leben länger: Innert Jahresfrist ist die Korallenbedeckung des Great Barrier Reef vor der Küste Australiens um rund ein Fünftel gestiegen.**

von Alex Reichmuth

Das Great Barrier Reef, das sich über 344'000 Quadratkilometer Fläche erstreckt, hat in letzter Zeit wieder einmal für Schlagzeilen gesorgt. Im Juli war das Welterbe-Komitee der UnoOrganisation Unesco drauf und dran, das als Weltnaturerbe klassifizierte Korallenriff bei Australien als «gefährdet» einzustufen. Wegen der höheren Wassertemperaturen und der steigenden Versauerung der Ozeane soll das Riff in seiner Existenz bedroht sein.

Die Rückstufung wäre eine Peinlichkeit für Australien gewesen. Zudem wäre die touristische Ausstrahlung des Great Barrier Reef in Frage gestellt worden. Das Riff besitzt einen Vermögenswert von geschätzten 20 Milliarden Franken.

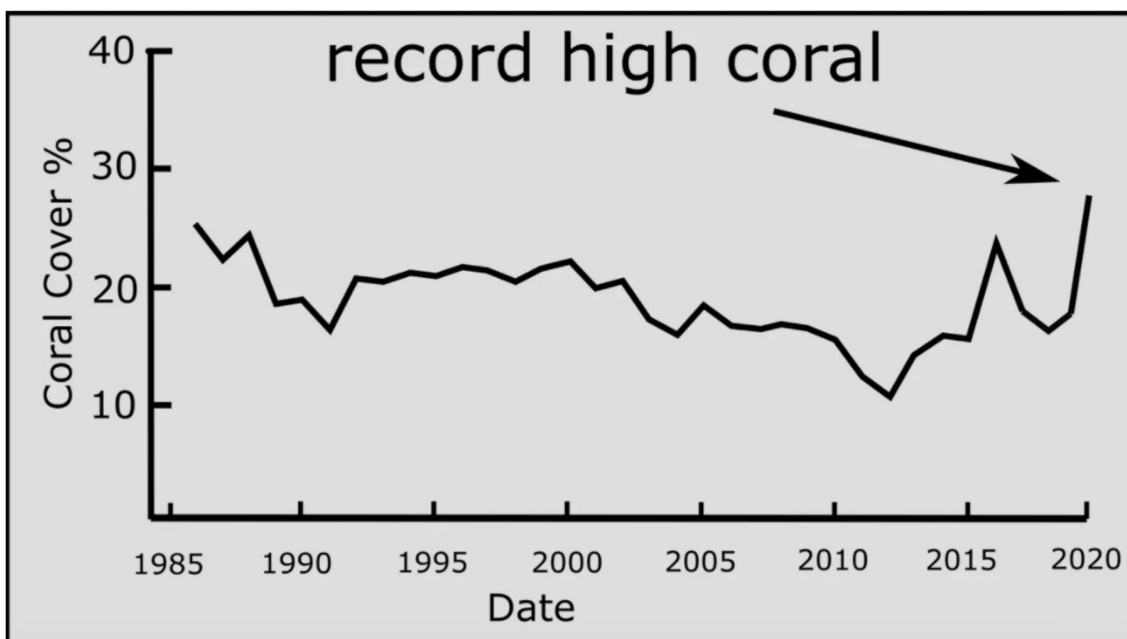
## Vorläufig keine Rückstufung

Doch geschicktes Lobbying – und auch Druck – der australischen Regierung konnte die Deklassierung des Riffs in letzter Minute verhindern. Am 23. Juli beschloss das WelterbeKomitee, darauf zu verzichten – zumindest vorläufig. Das Komitee entschied, erst 2023 wieder über das Great Barrier Reef zu beraten. Bis im Dezember 2022 soll Australien nun Zeit haben, einen weiteren Bericht vorzulegen, wie das Riff gerettet werden kann. Umweltschützer zeigten sich enttäuscht über den Entscheid. Denn in ihren Augen steht das Ende des Great Barrier Reefs bevor. Vor allem die starken Korallenbleichen in den Jahren 2016, 2017 und 2020 sollen der Beweis sein, dass das grösste Riff der Welt wegen des Klimawandels gefährdet ist. Eine Korallenbleiche stellt sich dann ein, wenn die Korallen wegen ökologischem Stress die Algen, mit denen sie eine Symbiose eingehen, abstossen und dadurch ihr Überleben in Frage gestellt

ist. Viele Wissenschaftler bestätigen die Bedrohung des Great Barrier Reefs durch die Erderwärmung.

## Taucher schätzen Korallenbedeckung ein

Für keine Schlagzeilen – zumindest nicht in Europa – hat hingegen die Meldung gesorgt, dass sich das Korallenriff innerhalb eines Jahres bedeutend erholt hat. Dabei ist der Vorgang beachtlich: Wie eine Erhebung des Australian Institute of Marine Science (AIMS) zeigt, hat die Korallenbedeckung des Great Barrier Reefs seit letztem Jahr deutlich zugenommen. Man kann errechnen, dass die Zunahme rund 20 Prozent beträgt.



Quelle: Peter Ridd

Das AIMS erhebt die Korallenbedeckung alljährlich, seit 1985. Dabei schätzen Taucher, die von Motorbooten durch das Riff gezogen werden, den Anteil der Fläche des Riffs ein, die von Korallen bedeckt ist. Schätzungsweise 85 Prozent des Great Barrier Reef werden so erfasst.

In diesem Jahr ergab sich eine der höchsten Korallenbedeckungen seit dem Beginn der Aufzeichnungen. Die Erholung der Korallen zeigt sich in allen drei Teilen des Riffs: dem Nord-, dem Zentral- und dem Südteil. Im Nordteil betrug die Korallenbedeckung 27 Prozent – nur etwas weniger als 1988, als 30 Prozent gemessen wurden. In den Jahren 2018 und 2019 erreichte die Bedeckung hier nur 14 Prozent.

## Umweltministerin Australiens erfreut

Im zentralen Teil registrierten die AIMS-Forscher eine Bedeckung von 26 Prozent, während es 2018/9 nur 12 Prozent gewesen waren. Und im Südteil resultierte eine Korallenbedeckung von 39 Prozent verglichen mit 23 Prozent in den Jahren 2018/9. Alles über 30 Prozent gilt als hohe Bedeckung. Der Bericht des AIMS benennt vor allem das Ausbleiben von schweren Stürmen als Grund für die Erholung.

**«Die klare Botschaft der diesjährigen Erhebung ist, dass die Erholung der Korallen unter günstigen Bedingungen stattfinden kann und auch stattfindet.»**

*Sussan Ley, Umweltministerin Australien*

Die australische Regierung zeigte sich erfreut über die positive Entwicklung. «Die klare Botschaft der diesjährigen Erhebung ist, dass die Erholung der Korallen unter günstigen Bedingungen stattfinden kann und auch stattfindet», sagte Umweltministerin Sussan Ley. Das Resultat unterstreiche, dass die von der Unesco angedrohte Rückstufung des Great Barrier Reefs «nicht auf den neuesten Informationen» beruht habe.

### **«Die Neuigkeiten könnten kaum besser sein»**

Zahlreiche Wissenschaftler spielten die Bedeutung der Korallenerholung jedoch hinunter. Diese zeige keineswegs, dass das Riff über dem Berg sei. Die Zeichen der Erholung sollten nicht von der zugrunde liegenden Bedrohung des Great Barrier Reefs ablenken, betonte Scott Heron, Meereswissenschaftler an der James Cook University.

Ganz anderer Meinung ist Peter Ridd. Der australische Physiker und Ozeanwissenschaftler erforscht das Great Barrier Reef seit den 1980er-Jahren. Schon seit langem bezeichnet er wissenschaftliche Berichte über eine Gefährdung des Riffs durch den Klimawandel als unqualifiziert. 2018 entliess ihn die James Cook University, wo Ridd als Professor tätig war, wegen Kritik an Kollegen. Seither kämpft Peter Ridd vor Gericht um Rehabilitierung (lesen Sie den Bericht dazu hier).



Ozeanwissenschaftler Peter Ridd

«Diese Daten sind gute Neuigkeiten, sie könnten kaum besser sein», schrieb Ridd in einem Kommentar im «Australian» zu den jüngsten Resultaten der AIMS-Erhebung. Die Daten bestätigten, dass das Riff alle ein bis zwei Jahrzehnte durch Zyklen von Korallentod und Korallenerholung gingen.

## **Grössere Widerstandsfähigkeit des Riffs**

«Bemerkenswerterweise bleiben die Wissenschaftler trotz der hervorragenden News über den Korallen-Rekord pessimistisch», kritisierte Ridd. «Das Riff ist offenbar wegen dem Klimawandel noch immer dem Untergang geweiht, und es handelt sich angeblich nur um eine vorübergehende Begnadigung.» Nun solle endlich damit aufgehört werden, «den Kindern mit Untergangserzählungen zum Riff Angst zu machen», schrieb Peter Ridd.

Jedenfalls scheint die Widerstandsfähigkeit des grössten Korallenriffs der Welt deutlich grösser zu sein als angenommen.

Der Beitrag erschien zuerst beim Schweizer Nebelspalter [hier](#)

---

# Klimawandel und Corona haben gemeinsame Wurzeln!

geschrieben von Admin | 30. August 2021

*Manuscriptum im Gespräch mit Marc Krecher vom 13. August 2021.*



*Wurde die „Klimakrise“ genauso wie die „Coronakrise“ quasi künstlich durch mathematische Modelle erzeugt oder zumindest verstärkt? Und wenn ja, welche fatale Wissenschaftstradition trägt dann die Verantwortung dafür? Der Geologe Marc Krecher blickt bis zum Beginn der Industrialisierung zurück, um darauf eine Antwort zu finden und fordert im Gespräch mit Manuscriptum, Naturwissenschaft neu zu denken, um nicht ständig in ähnliche Sackgassen zu rennen.*

**Manuscriptum:** Herr Krecher, wie sind Sie als Geologe auf die Idee gekommen, ein Buch über Corona zu schreiben?

**Marc Krecher:** Als Geologe interessieren mich grundsätzlich naturwissenschaftliche Themen. Was ich aber darüber hinaus immer schon sehr spannend fand, ist der Zusammenhang zwischen naturwissenschaftlichen Themen und gesellschaftlichen Prozessen. Natur und Kultur sollten nie isoliert betrachtet werden. In meinem Buch versuche ich unter anderem darzustellen, warum „Klimawandel“ nicht einfach nur Physik ist.

Wetter und Klima sind naturwissenschaftliche Phänomene, die schon immer auch gesellschaftliche Wechselwirkungen aufwiesen. Und so erleben wir nunmehr seit Jahrzehnten einen starken Druck, der mit dem Thema „Klimawandel“ auf die Gesellschaft ausgeübt wird. Wir haben aber auch

schon mit dem „Großen Waldsterben“ gesellschaftliche Diskussionen erlebt, die anscheinend ihren Grund alleine in den physikalisch-chemischen Umweltprozessen hatten.

Tatsächlich aber lassen sich Muster in der Art und Weise der öffentlichen Diskussion und politischen Handhabung dieser Phänomene erkennen, die nun erneut beim Thema „Corona“ auftreten und die erneut deutlich machen, dass hier neben medizinisch-epidemiologischen Hintergründen vor allem auch gesellschaftspolitische Entwicklungen eine große Rolle spielen.

Meine These ist die, dass Waldsterben, Klimawandel und Corona gemeinsame Wurzeln haben und immer wieder auch gleiche gesellschaftspolitische Ziele aufweisen. Vielleicht hat mich die Geologie dazu gebracht, diese Phänomene gut zu beobachten und die größeren Zusammenhänge zu hinterfragen. Denn Geologie hat viel mit der direkten Beobachtung natürlicher Phänomene zu tun, während Physik und Chemie oft sehr viel stärker mathematisch zu fassen sind.

**Als Klammer, die all diese Themen zusammenhält, nennen Sie „die Lösung des Problems Mensch“. Wie will denn die Politik Ihrer Meinung nach den Risikofaktor Mensch ausschalten? Und besteht hier nicht ein offensichtlicher Widerspruch, weil gerade Politiker „menschlich, allzumenschlich“ auftreten wollen?**

Schon mit Beginn der Industrialisierung haben Wissenschaftler und Politiker die Ausbreitung des Menschen als Problem betrachtet. Die Angst galt zunächst der Übervölkerung durch das Proletariat und der damit einhergehenden Beschränkung, die dann auch dem Finanzadel oder dem „Tüchtigen“ auferlegt werden müsste.

Solche malthusianischen Ängste waren unter anderem die Grundlage rassistischer Ansätze im 20. Jahrhundert, wie sie bei weitem nicht nur in Deutschland verfolgt wurden. Mit der Mehrung des Wohlstands nach dem Zweiten Weltkrieg, der natürlich auch Umweltprobleme im Schlepptau hatte, wurde der Mensch zunehmend gar als „Krebszelle“ gesehen, deren Wucherung das lebende Gewebe der Erde – die Biosphäre – gefährdet: Der Mensch als Risikofaktor im globalen Ökosystem. Mit Hilfe einer stark vereinfachenden Formel sollte dieser Wucherung Einhalt geboten werden: der IPAT-Formel, in welcher der Impact auf die Umwelt aus dem Produkt von Bevölkerungszuwachs, Wirtschaftswachstum und einem technologisch-kulturellen Effizienzfaktor resultiert.

Seither schrauben diverse Forschungen und Personen wild an diesen Faktoren herum, mit dem Ziel der Populationskontrolle, der Nivellierung und Relativierung von Wirtschaftswachstum und der gesellschaftlichen Ausrichtung auf eine Form ökologischer Energieautarkie. Seit ca. 50 Jahren übernehmen dabei zunehmend auch systemdynamische Ansätze die Rolle des Angsttreibers. Mathematische Systembetrachtungen erzeugen darin quasi-exponentielle Umweltschäden, Klimaerwärmungen und heute

geradezu apokalyptische Opferzahlen. Und hier spielt dann der „menschliche“ Politiker seine Rolle, indem er die mathematischen Schreckensvisionen pflichtbewusst in die Politik einbaut, ohne in der Lage zu sein, systemdynamische Ergebnisse mit der empirischen Evidenz abzugleichen.

Wissenschaft wird dadurch zu „die“ Wissenschaft, die einen Konsens heraufbeschwört, der in Wahrheit aber eine Art Mittelwertbildung unterschiedlichster, nicht selten sich widersprechender Resultate darstellt – Konsens und Nonsens nähern sich dabei gefährlich nah an. Die Politik wählt am Ende eines der Szenarien, die ihr aus der Science-Black-Box heraus angeboten werden. Der politische Vorteil darin hat sehr schnell aber gar nicht mehr unbedingt mit der Lösung des eigentlichen Problems zu tun. Gefährlich wird das, wenn die Ängste beim Bürger einen Grad erreichen, der uns erneut in einen Kollektivismus als Schutzhaltung hineinführt. Und genau dies ist heute wieder in der Gesellschaft zu erkennen.

Es beginnt mit dem „Leugner“, geht dann über ins „Wir, gemeinsam“ und endet im Unterwerfungsterror. Der Zustand unserer Welt sieht hingegen viel besser aus, als es uns tagtäglich entgegenschallt. Für mich als Geologen spielt der Faktor Zeit eine sehr große Rolle. Diese Zeit bringt eine Gelassenheit mit sich, in der die Naturgefahren stark relativiert werden und in der sich auch das aktuelle Geschehen den mittel- und langfristigen Prozessen unterordnet. Mein Buch versucht einen Beitrag dazu zu leisten, wieder mehr Gelassenheit möglich zu machen und mehr auf die Kraft einer schöpferischen Freiheit zu setzen, als auf das Kollektiv einer erzieherischen Suffizienzgesellschaft. Die Geschichte und die empirische Evidenz der Naturwissenschaft geben mir dabei Rückendeckung.

**Mit ihrer Relativierung der Naturgefahren sprechen Sie einen interessanten Punkt an, der ein Indiz dafür ist, wie die Fronten in der Umwelt- und Klimadebatte durcheinandergeraten sind. Früher war es doch so, dass konservative Ernstfalldenker auf die „Übermacht der Natur“ hinwiesen und Demut einforderten. Linke und liberale Theoretiker verfielen hingegen schnell einem utopischen Machbarkeitswahn und vertrauten blind dem Fortschritt. Heute hingegen fällt die „Klimajugend“ samt ihrer Anhängerschaft mit apokalyptischen Warnungen vor der Übermacht der Natur auf und viele Politiker, die sich selbst als „konservativ“ bezeichnen, gefallen sich darin, eine unbegrenzte Konsumfreiheit zu fordern. Wo stehen Sie bei dieser allgegenwärtigen Auseinandersetzung? Voll auf der Seite der Freiheit? Oder sehen Sie auch einzelne plausible Gründe, die Freiheit einzuschränken, um Naturgefahren abzuwenden?**

Die Naturgefahren, die uns im großen Maßstab gefährlich werden könnten, werden wir nicht abwenden. Aber geologisch gesehen unterliegt deren Eintreten zum Glück sehr geringen Wahrscheinlichkeiten. Auch Unwetter, wie kürzlich an der Ahr geschehen, treten vielleicht alle 100 Jahre in einer Region auf – das letzte Mal 1910: Da war es kühler auf der Erde.

Dennoch muss sich der Staat besser darauf einstellen, wie wir sehen. Denn wer weiß heute noch, dass im Juli 1954 in Südtirol das gleiche passiert ist?

Auch die größten Waldbrände haben schon während der kleinen Eiszeit stattgefunden – vermutlich, weil es da trockener war. Zum Thema Corona als Naturgewalt äußere ich mich eingehend im Buch. Hier sollte zunächst einwandfrei geprüft werden, inwiefern es sich tatsächlich um eine Naturgewalt handelt. Aber mir scheint, dass es für diese wichtige Analyse bei uns nicht ausreichend Freiheit gibt.

Freiheit und Fortschritt sind für mich fundamentale Werte. Die Einschränkung des Grundgesetzes darf nie so weit gehen, dass der Charakter des „Grund“ verloren geht. Ohne Freiheit wird Forschung gelenkt oder erst gar nicht umgesetzt. Fortschritt wird damit von vornherein eingeschränkt und er droht damit, in einer Sackgasse zu enden. Die Geschichte hat deutlich gezeigt, dass der freiheitlich liberale Staat mehr Fortschritt zustande bringt, als der planwirtschaftlich organisierte autoritäre Staat.

Schöpferische Freiheit und Fortschritt hängen auch nicht von konservativ oder links ab. Es sind vielmehr immer die Extreme, die die Freiheit einschränken wollen und dafür immer schon irgendwelche besonderen Gründe anführten, um so die Masse lenken zu können. Aber ich bin kein Anarchist. Und ich weiß auch nicht, was „unbegrenzte Konsumfreiheit“ bedeuten soll. Das letzte Mal war ich 2009 auf einem Linienflug. Wie oft sind Frau Neubauer, Al Gore oder Herr Jaenicke in den letzten Jahren geflogen?

Jedenfalls hat uns der Konsum weitergebracht, während die DDR durch den Verzicht untergegangen ist. Denn am Ende bestimmt immer eine selbsternannte Elite darüber, was wir noch dürfen. Für wichtiger halte ich die Zurückdrängung der Oligarchie: einer ausartenden Finanzelite in Form einzelner Personen, deren Macht die des Staates zu übertreffen scheint und unsere Freiheit im Besonderen bedroht.

**Stichwort: Fortschritt. Welche konkreten, greifbaren Möglichkeiten sehen Sie denn, dass uns die (Natur-)Wissenschaften bei der Bewältigung des Klimawandels bzw. bei Corona helfen? Der Physiker Prof. Dr. Gerd Ganteför sagt z.B., es bliebe uns „mittelfristig nichts anderes übrig (...), als das Klima technisch zu stabilisieren“. Sind solche Vorstellungen realistisch?**

Gott behüte uns vor technischen Stabilisierungen des Klimas, wenn damit geotechnische Verfahren gemeint sein sollten. In meinen Augen wäre dies der Gipfel der Hybris.

Zunächst müsste vielmehr die Wissenschaft wieder auf Augenhöhe zum Volk herunterkommen und uns die Angst vor den vielen angeblichen Gefahren nehmen. Dafür gibt es ausreichend Gründe und Anlass. Es ist ja gerade die Aussage meines Buches, dass empirische Evidenz und unser Wissen über

Naturprozesse der Klimawandelgefahr weit stärker widersprechen, als dies alltäglich durch eine – zum Teil politisch motivierte – Wissenschaftselite propagiert wird. Trotz des enormen Bevölkerungswachstums hat die Menschheit in den letzten 170 Jahren eine überwiegend gute Entwicklung erfahren. Vieles hat sich deutlich gebessert. Vor allem auch Medizin, Hygiene und saubere Nahrung, die uns ein immer längeres Leben ermöglichen.

Im weiteren Schritt müssen die positiven Seiten von Klimaerwärmung und CO<sub>2</sub>-Zunahme viel stärker in den Vordergrund bzw. der negativen Seite angemessen gegenübergestellt werden. Denn wenn irgendetwas öffentlich geleugnet wird, dann genau das.

Und nicht zuletzt sollten wir wieder zurückkehren zu einer objektiveren Wissenschaft, in der die Ergebnisse der Systemdynamik ausreichend abgeglichen werden mit denen der empirischen Analyse, bevor die Politik sich der regelmäßig überzogenen Resultate annimmt. Die Folgen des Nicht-Abgleichens sehen wir heute im Fall der Corona-Krise, in der die Lockdown-Maßnahmen auch mathematisch produziert wurden. Systemsimulationen projizieren die aus der Black-Box stammenden Szenarien auf relativ lange Zeiträume. Dabei geht die Falsifizierbarkeit wissenschaftlicher Annahmen verloren, mit der Folge, dass die zur Realität isomorphen Ergebnisse die groben Fehler verdecken, die sich darin verfangen.

Am Ende sind aber auch die Bürger und Bürgerinnen gefordert, sich immer wieder auf Bildung einzulassen. Denn die Demokratie wird sonst vor dem Hintergrund zunehmenden Wissens und einer explodierenden Datenmasse ganz automatisch verloren gehen. Hier liegt meines Erachtens nach seit langem schon eine der größten Aufgaben der Politik. Letztere ist dazu da, Freiheit und Fortschritt stetig im Hier und Jetzt zu sichern – nicht erst in 30 Jahren.

**Vielen Dank für die interessanten Auskünfte!**

*Marc Krecher: Vom Klimawandel zu Corona. Mit System in die Unfreiheit. Hier bestellen!*

MARC KRECHER

# VOM KLIMAWANDEL ZU CORONA

MIT SYSTEM IN DIE UNFREIHEIT



NATUR. WISSENSCHAFT. PHILOSOPHIE.  
MANUSCRIPTUM

## Marc Krecher: Vom Klimawandel zu Corona

Corona, Klimawandel und „Great Reset“: diese drei Phänomene dominieren die politischen Debatten unserer Zeit. Aufgenommen hat diese Erzählstränge der Diplom-Geologe Marc Krecher. Nicht nur haben alle drei – als Spielarten einer post-modernen, post-faktischen und misanthropen Systemtheorie – die gleichen Wurzeln, sie alle weisen auch auf dasselbe Ziel: eine „bessere“ Welt. Sicherheit, Nachhaltigkeit, Solidarität heißen die neuen obersten Werte. Hygiene und CO<sub>2</sub>-Neutralität statt Freiheit und Demokratie? Virologen, Klimaforscher und Politiker schüren mit immer neuen, immer drastischeren Bedrohungsszenarien Angst vor der Zukunft und empfehlen nie dagewesene Eingriffe in unser aller Leben, um nichts weniger als die Welt zu retten – darunter macht man es heute nicht mehr.

Jetzt bestellen

---

## Demonstranten fordern sauberen Strom durch Kernenergie

geschrieben von Admin | 30. August 2021  
von Holger Douglas

Kernkraft liefert solche riesigen Energiemengen, dass in Amerika schon mit ersten Zusatzanlagen Wasserstoff erzeugt werden kann. Der Verein Nuklearia demonstrierte in Heilbronn für »Klimaschutz und den Weiterbetrieb unserer CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerke« und zog dann weiter vor das Kernkraftwerk Neckarwestheim.

Rund um das Kernkraftwerk Neckarwestheim gab es gleich mehrere Demonstrationen für dessen Weiterbetrieb. Das zehn Kilometer südlich von Heilbronn gelegene Kernkraftwerk lieferte 2019 knapp 37 Prozent des Strombedarfes von Baden-Württemberg, dessen Block 2 soll Ende 2022 abgeschaltet werden. Woher dann der Strom kommen soll, weiß in dem von Grünen und CDU regierten Baden-Württemberg niemand und hofft darauf, dass das Ausland genügend Strom liefert. Dort aber wird es auch knapp. Der gut funktionierende Block 1 des Kernkraftwerkes wurde bereits in aller Hast unmittelbar nach Fukushima abgeschaltet.

Der Verein Nuklearia demonstrierte zuerst in Heilbronn für »Klimaschutz und den Weiterbetrieb unserer CO<sub>2</sub>-freien Kernkraftwerke« und zog dann weiter vor das Kernkraftwerk Neckarwestheim. Er hatte bereits vor den Kernkraftwerken Emsland, Brokdorf, Grohnde und Isar »Aktionstage« veranstaltet und die Forderung nach einer Änderung des Atomausstiegsgesetzes erhoben. Mit einer Kundgebung am Samstag, 4. September 2021, in Augsburg und am Kernkraftwerk Gundremmingen will Nuklearia seine Aktionen beenden.

Während Nuklearia vorwiegend mit der CO<sub>2</sub>-Einsparung durch Kernkraft argumentiert, stellt die AfD die Folgen für Wirtschaft und sichere Stromversorgung voran. Alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien wollen trotz absehbaren Strommangels weiterhin den Ausstieg aus Kohle- und Kernkraft, lediglich die AfD spricht sich für Kohle- und Kernkraft aus und will ein Ende der »Energiewende«.

Auf ihrer Veranstaltung auf dem Marktplatz des beschaulichen Örtchens Neckarwestheim ließ sie durch Fachleute eine Fülle von Fakten vortragen. Die Betreibergesellschaft des Kernkraftwerkes rief ihre Angestellten übrigens dazu auf, dieser Versammlung, in der es um die Zukunft ihres Kraftwerkes geht, fernzubleiben. Der gesamte Ort lebt im Wesentlichen von den Einnahmen durch das Kernkraftwerk. Der wird sich vermutlich ziemlich verändern. Denn vielleicht, so sieht es Hauptredner Dr. Klaus-Dieter Humpich als wahrscheinlich an, wird das Kernkraftwerk Neckar durch ein großes Erdgaskraftwerk ersetzt werden. »Der Standort ist da, die Energie wird gerade im Raum Stuttgart mit seiner Industrie benötigt.«

Der (partei-) unabhängige Maschinenbauer mit Schwerpunkt Kerntechnik:  
»Wo soll sie herkommen? Irgendwann kommt die Not, dann kommt auch das Erdgaskraftwerk.«

Er macht die gigantischen Dimensionen deutlich, wenn das 1.400 MW Kernkraftwerk durch ein Erdgaskraftwerk ersetzt wird. Das würde 200.000 m<sup>3</sup>/h Erdgas fressen. »Pro Stunde!« betonte Humpich mehrfach. »Da kommt auch oben einiger Dreck raus – auch bei Erdgas. Glauben Sie mir, ich habe solche Dinge gebaut!« »Der wird ihr schönes Örtchen mit den Fassaden auch ein bisschen ändern.« Unter anderem kommen da wiederum pro Stunde auch 370 Tonnen CO<sub>2</sub> heraus. »Da können Sie mal sehen, auf wie viel sie mit ihrem Auto verzichten sollen, die Heizung runterdrehen sollen, um das überhaupt wieder hereinzuholen.«

Für Humpich besonders unverständlich ist der Rückschritt, der mit Wind- und Sonnenenergie einhergeht: »Fossile Energien und Kernenergie sind die einzigen Energien, die zeitlich und örtlich und zeitlich unabhängig sind. Örtlich – das ist noch am klarsten: Wenn Sie Wasserkraft machen wollen, brauchen Sie einen Fluss, dann brauchen Sie einen Stausee. Wenn Sie Windenergie in großem industriellen Maßstab machen wollen, dann brauchen Sie die Nordsee und die Ostsee, damit sie die vollstellen können.«

»Ganz entscheidend aber ist der Punkt der zeitlichen Unabhängigkeit. Bisher ist das so: Wenn wir Fußball schauen wollen, dann schalten wir den Fernseher ein. Wenn Sie morgens auf die Arbeit gehen, schalten Sie Ihren Computer oder die Drehbank ein. Der Strom kommt immer aus der Steckdose. Das wird zukünftig nicht mehr so sein.«

Humpich: »Frau Kemfert, die große Fernsehprofessorin, nennt das immer so schön ‚dezentrale Flexibilität‘. Das ist nichts anderes als Lebensmittelkarten in elektronischer Form. Sie bekommen den Strom

zugewiesen. Das ist in der Menschheitsgeschichte ein wirklicher Einbruch, dass man derartig zurückgehen will.« Doch Humpich betont: »Wir werden immer noch mehr Strom brauchen – weltweit in jedem Fall. Wir bewegen uns auf 11 Milliarden Menschen zu. Wenn wir die ernähren und bekleiden wollen, dann werden wir gewaltige Mengen an zusätzlichen Strom brauchen.«»Auch in Deutschland soll der Stromverbrauch noch ansteigen: Emobilität, Wasserstoffherzeugung für Stahlproduktion und Raumheizung per Wärmepumpe.«

»Das Gemeinschaftskraftwerk Neckar hat eine Bahnstromanlage von 140 MW. Wenn die die dichtmachen, dann soll die Bahn mal sehen, wo sie CO2-freien Strom herbekommt – mit Windmühlen garantiert nicht. Wenn der Wind nicht bläst, fährt auch keine Eisenbahn.«

Für Humpich wird in Zukunft mehr Erdgas benötigt, weil Sonne und Wind nicht regelmäßig funktionieren: »Man muss leider die Gleichung so aufmachen: Wind und Sonne ist gleich Erdgas. Wir wollen ja keine Kohle mehr, wir wollen keine Kernenergie. Wenn wir nur Stein-, Braunkohle und Kernenergie ersetzen wollen – das sind in 2019 allein 224 Milliarden kWh – dann müssen wir 40 Milliarden m<sup>3</sup> Erdgas pro Jahr heran schaffen. Das ist auch so eine Zahl, die nicht sagt.«

»Das ist ungefähr die Hälfte dessen, was wir jetzt insgesamt an Erdgasverbrauch in Deutschland haben. Glaubt irgendjemand, dass die Erdgaspreise nicht steigen werden? Ich bin mir da sicher: Da kommen wir in einen dreifachen Schraubstock hinein. Die Strompreise werden ständig teurer, die Produktpreise werden ständig teurer, weil es kein Produkt gibt, für das man keinen Strom benötigt, und – davon redet keiner – das Heizen wird teurer. Wenn die Erdgaspreise gerade im Winter anziehen, dann werden uns die Erd-gaspreise um die Ohren fliegen.«

China weiß nach den Worten von Humpich genau, dass sie mit Kohle und Gaskraftwerken nicht die Mengen an Energie bereitstellen können, die dort in jedem Jahr zusätzlich benötigt werden. Er beschrieb den weltweiten Trend zu kleinen modularen Reaktoren, Small Modular Reactors (SMR) genannt. »Die sind so klein, dass sie ungefähr vier davon benötigen, um Neckarwestheim zu ersetzen. Der Gedanke, der dahinter steht, ist folgender: Man will die industriell fertigen und prüfen. Dann kommen die fertig auf die Baustelle, so wie man heute einen Heizkessel bekommt. Den packen wir aus, den schließt man an die Stromversorgung und ans Wassernetz. Dann kann man einen Knopf drücken, und das Ding läuft los.«

Damit ergäben sich völlig neue Märkte auch für die Wärmenutzung eines Kernkraftwerkes. »Ganz Skandinavien setzt konsequent auf Kernenergie auch zum Heizen, China setzt konsequent darauf um, die rüsten im Moment ganze Städte um.«

Kernkraft liefert solche riesigen Energiemengen, dass in Amerika schon mit ersten Zusatzanlagen Wasserstoff erzeugt werden kann. »Für die ist das ganz klar ein Zusatzgeschäft. Dann machen die nicht nur Strom, dann

liefern die auch Wasserstoff, wenn das gewünscht wird.«

Neue Reaktortypen erschließen eine ganz neue Energiequelle, wenn sie die radioaktiven Abfälle verbrennen. Damit wird auch der Abfall in Sachen Langlebigkeit entschärft, wie Humpich ausführte. »Da hat man nur noch Spaltprodukte übrig, die nach maximal 300 Jahren von selbst verschwunden sind.«

Humpich schließlich: »Das ist jetzt keine Geschichte von der Erfindermesse. In Russland wird der erste 300 MW Reaktor dafür gerade gebaut.«

Zuvor hatte die AfD-Europa-Abgeordnete Sylvia Limmer Daten präsentiert: »Die in Deutschland installierte Leistung aller Wind- und Solaranlagen beträgt 120 GW, wohlgemerkt die sogenannte Nennleistung. Die steht auf dem Papier, was tatsächlich herauskommt, hängt davon ab, ob der Wind weht.« Doch ungefähr 65 bis 75 GW benötige Deutschland in der Spitzenlast. Rein rechnerisch könnten Wind und Sonne den Bedarf locker decken. Limmert: »Ja, wenn der normale Betriebszustand einer Windanlage nicht der der Bewegungslosigkeit wäre und die Solaranlagen nicht mindestens einmal null Leistung liefern würden – nämlich nachts.«

»Im vergangenen Jahr haben Wind und Solaranlagen nur 37 Prozent zur Nettostromerzeugung in Deutschland beigetragen. Wenn man die komplette Primärenergie betrachtet, dann tragen Wind und Solar ganze 4,8 Prozent bei.« Dieses grundlegende Problem lasse sich nicht durch einen weiteren Ausbau lösen.

Limmer: »EnBW prahlt damit, dass es in vier Jahren die Hälfte des produzierten Stroms aus erneuerbaren Energien liefern will und präsentiert stolz drei neue Solarparks mit 487 MW und einer gigantischen Fläche von insgesamt 490 ha, also einer installierten Leistung von 1 MW/Hektar.«

Schließlich kritisierte der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Bernhard die jüngste Aktion des baden-württembergischen Landwirtschaftsministers Hauk, der alle Gemeinden in Baden-Württemberg angeschrieben hat, rasch Flächen für jene 1.000 neue Windräder in den Staatsforsten zu schaffen, die die grün-schwarze Landesregierung so schnell wie möglich in die Wälder pflanzen will.

Diese 1.000 Windindustrieanlagen in den Wäldern benötigten eine Fläche von 800 Fußballfeldern. Für jede Anlage müssten etwa 1,5 Hektar Wald gerodet werden. »Diese 800 Fußballfelder Wald absorbieren jedes Jahr 9000 t CO<sub>2</sub> und produzieren 10 Millionen Liter Sauerstoff«, rechnet Bernhard vor. Er wies auf die Folgen der gewaltigen Fundamente hin, die mit Stahlbeton in den Waldboden gegossen werden müssen: Durchmesser 25 m und bis zu 15 m tief. Bernhard: »Diese Betonfundamente wird niemand jemals mehr aus dem Boden holen.« Rein rechnerisch müssten noch einmal 90.000 bis 100.000 Windräder dazu gebaut werden, wenn in Zukunft elektrisch Autos gefahren und Wohnungen geheizt werden sollen. Insgesamt

müssten dann rund 200.000 Windanlagen irgendwo in Deutschland stehen, das bedeutet: Alle eineinhalb Kilometer eine solche Anlage. Deutschland jedoch erzeuge etwa 1,8 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub> Aufkommens, das durch menschliche Aktivitäten entstehe, China und Indien dagegen rund 65 Prozent. Diese Länder dürfen ihren CO<sub>2</sub> Ausstoß nach dem Pariser Klimaabkommen unbegrenzt erhöhen. »Dann kann es nicht auf die 1,8 Prozent aus Deutschland ankommen!«

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

---

## **Klimawahn und Covid-19 als Vorwand für totalitäre Herrschaft – Papst Benedikt XVI. hatte vor 10 Jahren leider recht**

geschrieben von Admin | 30. August 2021

### **Vorbemerkung der Redaktion**

Fast alle unsere Leser, wie auch die Redaktion sind sich darin einig, dass diejenigen, die einem „Klimaschutz“ das Wort reden, vielfach aktive, rücksichtslos enthemmte Opportunisten sind, die unter dem Mantel des „Klimaschutz“, als zusammenfassendes Synonym für alle Maßnahmen, die es benötigt, um eine imaginäre Klimakatastrophe in ferner Zukunft abzuwenden, ausschließlich ihr eigenes Süppchen kochen wollen, oder aber einfache Mitläufer, die entweder zu dumm, oder zu desinteressiert sind, oder beides zusammen, um sich ein eigenes Bild zu machen, welches sicher anders ist, viel anders, als das offiziell gezeichnete. Und dann gibt es noch die wahrhaft Gläubigen. Gläubige, die eine Religion brauchen, an der sie ihren moralischen Kompass ausrichten, und nach deren Vorgaben und Zielen sie ihre Aktivitäten im täglichen Leben einrichten. Entweder verbinden sie dann diesen moralischen „Klimakompass“ mit der christlichen Religion und eifern dann besonders heftig für den „Schutz des Lebens“, mittels „Klimaschutz“, oder sie ersetzen einfach das eine durch das andere. Unser Autor, selber ein gläubiger Katholik, hat versucht die damit verbundenen zwingend auftretenden Widersprüche auszuleuchten, welche letztlich dazu führen (müssen), dass das Recht verschwindet und die Willkür herrscht.

von Edgar L. Gärtner

Bald nähert sich der 10. Jahrestag der denkwürdigen, aber im Politikbetrieb dennoch bald wieder verdrängten ersten Rede eines römisch-katholischen Papstes vor dem Deutschen Bundestag. Am 22. September 2011 gab der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Papst Benedikt XVI. während dessen offiziellem Deutschlandbesuch die Gelegenheit, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Der Papst hielt dort einen hochgelehrten, aber dennoch gemeinverständlichen Vortrag über ein Thema, das kaum jemand erwartet hatte: die Bedeutung des Naturrechts.

Benedikt XVI. mahnte die Politiker, sich nicht an vordergründigen Erfolgskriterien, sondern am überzeitlichen Maßstab der Gerechtigkeit zu orientieren und die Grundsätze eines Rechtsstaats zu respektieren, indem er aus dem Meisterwerk des heiligen Augustinus „De civitate Dei“ zitierte: *„Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande.“* Diese Mahnung konnte angesichts wiederholter Rechtsbrüche des Merkel-Regimes beim Versuch der EU-Nomenklatura, ihre Kunstwährung Euro durch direkte und indirekte Enteignung der Sparer zu retten, aktueller nicht sein. Inzwischen ist eine ganze Kette weiterer Rechtsbrüche hinzu gekommen: Von der Weigerung Angela Merkels, die nationalen Grenzen gegen den Ansturm junger männlicher Migranten zu schützen, bis zur Ausrufung einer „pandemischen Lage von nationaler Tragweite“ ohne Faktengrundlage. Der berechenbare Rechtsstaat wurde so durch einen launischen Maßnahmen-Staat ersetzt, in dem Angst und Willkür herrschen: So konnte die Kanzlerin mithilfe ihrer Helfershelfer in den Massenmedien fernmündlich die Wahl eines Ministerpräsidenten rückgängig machen, kraft eines als Ermächtigungsgesetz interpretierten Infektionsschutzgesetzes den größten Teil des Volkes einsperren, die Menschen in erpresserischer Manier zu der durchaus nicht alternativlosen gentechnischen Covid-Impfung drängen und schließlich das Bundesverfassungsgericht mithilfe seiner sektiererischen Urteilsbegründung zum Klima-Gesetz in den Dienst eines ökodiktatorischen Umsturzversuchs stellen. Da drängt sich der Vergleich mit einer Räuberbande tatsächlich auf.

Das Recht gründe in einem Rechtsstaat nicht primär in mehr oder weniger zufälligen und ephemeren politischen Mehrheiten, sondern in Natur und Vernunft, betonte Papst Benedikt im Jahre 2011. Im Gegensatz zum heidnischen Götterglauben betrachte das Christentum Natur und Gewissen als universale Rechtsquellen. Das gelte freilich nur, wenn man nicht von einem positivistischen Naturbegriff ausgehe. Die Ökologiebewegung fordere zwar, auf die *„Sprache der Natur zu hören und entsprechend zu antworten.“* Es gebe jedoch auch eine menschliche Natur und somit auch eine Ökologie des Menschen: *„Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muss und die er nicht beliebig manipulieren kann... Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur achtet, sie hört...Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit.“* Deutlicher hätte Benedikt XVI. marxistische beziehungsweise ökologistische oder genderistische Umerziehungsversuche nicht

zurückweisen können.

Die Lehre vom Naturrecht gilt heute als Alleinstellungsmerkmal des Katholizismus, wenn nicht als katholische Marotte. Manche sprechen gar von einer „katholischen Scharia“, weil die Vertreter der Naturrechtslehre darauf bestanden, die Natur enthalte Normen, die der Schöpfergott in sie hineingelegt hat. Moderne und postmoderne Autoren werfen dem führenden scholastischen Philosophen Thomas von Aquin (1225-1274) vor, im mittelalterlichen Universalienstreit einen naiven Realismus verfochten und zwischen Sein und Sollen kurzgeschlossen zu haben. In der Ablehnung dieses „naturalistischen Fehlschlusses“ waren sich verschiedene philosophische Schulen seit David Hume (1711-1776) einig. Aber die katholische Kirche verzichtete im 20. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) mehr und mehr auf die Verteidigung der thomistischen Lehre und überließ so dem Positivismus (einschließlich des Rechtspositivismus) das Feld.

Immerhin hatten sich Ankläger und Richter bei dem im November 1945 eröffneten Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess gefragt, nach welchem Recht man die angeklagten Nazi-Größen richten könne, da diese sich doch im Prinzip gesetzestreu verhalten hatten – nur eben entsprechend unmenschlichen Gesetzen. Bei der Definition des Anklagepunkts „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erinnerten sich die Juristen schließlich des rechtsphilosophischen Gedankens eines vorstaatlichen Naturrechts, das auch ohne kodifiziertes Recht existiert. Die Ankläger beriefen sich also auf die Vorstellung, dass jedem Menschen, der ein Verbrechen wie Mord oder Versklavung begeht, bewusst ist, dass er damit Unrecht tut, selbst wenn dies nicht in einem Gesetz steht. Der eigentlich vom Rechtspositivismus überzeugte sozialdemokratische Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (1878-1949) hat das 1946 in einer Formel festgehalten, die seinen Namen trägt. Benedikt XVI. berief sich in seiner Rede vor dem Bundestag hingegen auf den Römerbrief des Apostels Paulus, in dem es heißt: *„Wenn Heiden, die das Gesetz (die Tora Israels) nicht haben, von Natur aus das tun, was im Gesetz gefordert ist, so sind sie...sich selbst Gesetz. Sie zeigen damit, dass ihnen die Forderung des Gesetzes ins Herz geschrieben ist; ihr Gewissen legt Zeugnis davon ab...“* (Röm. 2,14f.)

Man muss also nicht katholisch sein, um sich auf das Naturrecht zu berufen. Das dem Naturrecht zugrunde liegende Menschenbild kann auch von nichtchristlichen Kulturen geteilt werden. Danach gibt es eine vom Naturganzen abhängige Natur des Menschen, die nicht Objekt politischer Manipulation werden kann und darf. Der (immerhin getaufte) Atheist Albert Camus (1913-1960) konnte sich bei seiner Ablehnung des marxistischen Traums vom „neuen Menschen“ und seinem Insistieren auf der Unwandelbarkeit der menschlichen Natur in seiner Abhandlung „L’homme révolté“ (Der Mensch in der Revolte) voll und ganz auf die griechische Philosophie berufen, zumal sich auch die katholischen Theologen in dieser Frage auf die Seite der altgriechischen Philosophie schlugen: Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens kann nur die Anerkennung der

vom Schöpfer gewollten Natur des Menschen sein. Benedikt XVI. hat das in seiner (in Teilen umstrittenen, weil nicht gänzlich aus seiner Feder stammenden) Enzyklika „Caritas in veritate“ (2009) mit folgenden Worten ausgedrückt: *„In allen Kulturen gibt es besondere und vielfältige ethische Übereinstimmungen, die Ausdruck derselben, vom Schöpfer gewollten Natur sind und die von der ethischen Weisheit der Menschheit Naturrecht genannt wird. Ein solches universales Sittengesetz ist die feste Grundlage eines jeden kulturellen, religiösen und politischen Dialogs und erlaubt dem vielfältigen Pluralismus der verschiedenen Kulturen, sich nicht von der gemeinsamen Suche nach dem Wahren und Guten und nach Gott zu lösen. Die Zustimmung zu diesem in die Herzen eingeschriebenen Gesetz ist daher die Voraussetzung für jede konstruktive soziale Zusammenarbeit.“* Für das „in die Herzen eingeschriebene Gesetz“ verwenden wir heute den Begriff „Rechtsempfinden“. Dieses hat, wie wir inzwischen annehmen müssen, eine genetische Grundlage. Unseren nächsten „Verwandten“, den Schimpansen, fehlt diese Erbanlage offenbar.

Gäbe es nur das allen Menschen gemeinsame Rechtsempfinden, wäre die Welt wohl ein Paradies. Sie ist es aber nicht. Denn auch das Böse, genannt der Teufel oder Satan, existiert. Heute gilt es bei einflussreichen Medienleuten geradezu als chic, dessen Existenz zu leugnen. Auch Papst Benedikt widmete dem Bösen in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag keinen eigenen Abschnitt. Aber er schloss mit folgendem Wunsch: *„Dem jungen König Salomon ist in der Stunde seiner Amtsübernahme eine Bitte freigestellt worden. Wie wäre es, wenn uns, den Gesetzgebern von heute, eine Bitte freigestellt würde? Was würden wir erbitten? Ich denke, auch heute könnten wir letztlich nichts anderes wünschen als ein hörendes Herz – die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden.“*

Was Papst Benedikt XVI. (Joseph Ratzinger) hier anspricht ist die Gabe der Unterscheidung der Geister, das heißt die Fähigkeit zu erkennen, ob bestimmte Gedanken, Gefühlsregungen oder Prophetien von Gott stammen oder von seinem Widersacher. Als ordnungsgemäß Getaufte und im „Unterscheidungsalter“ Gefirmter habe ich nach Thomas von Aquin (Summa theologiae 3. 72. 5, ad 2) „die Macht, öffentlich den Glauben an Christus quasi ex officio mit Worten zu bekennen.“ Und so bekenne ich, dass ich nicht glauben kann, dass es dem Willen Gottes entspricht, im wichtigsten Pflanzennährstoff Kohlenstoffdioxid eine Gefahr für das Leben auf der Erde zu sehen. Wäre dem so, müsste die Welt vom Teufel erschaffen worden sein. Gnostische Häretiker haben das tatsächlich geglaubt. Ich halte mich lieber an die frohe Botschaft des Neuen Testaments.

(Die Zitate Benedikts XVI. stammen aus dem Buch: Benedikt XVI.: In Gott ist unsere Zukunft. Ansprachen & Predigten während seines Besuchs in Deutschland. St. Benno-Verlag, Leipzig)